



SP - MONATS- BLÄTTCHE

Nr. 5 November 2017

Paradiesisches (nicht für alle, sondern für wenige)

Jürg Schärer

Unser Mitglied Erwin Roos gibt uns einen kurzen Überblick, was die Paradies-Papers - als Nachfolge derer aus Panama - Haarsträubendes aufdecken. Schonungsvoll berichten meist die Medien, die NZZ gar preist sie sogar als Lebenselixier des Kapitalismus, und die bürgerlichen Mehrheiten allüberall regulieren mit warmer Luft. So werden Gesellschaften und Kontinente auseinandergetrieben: Letztlich (Bürger-)Kriegspolitik.

Paradise Papers und Steuerhinterziehung in der Schweiz

Erwin Roos

Im letzten Geschäftsjahr hat Apple auf Gewinne von 44,7 Milliarden Dollar ausserhalb der USA nur 1,7 Milliarden Dollar Steuern bezahlt - eine Steuerquote von lächerlichen 3,7 Prozent. Amazon, Google, Starbucks, Uber und viele andere «vermeiden» gemäss OECD dank Offshore-Konstrukten (illegal und legal) Steuern im Umfang von 240 Milliarden Franken. Das ist wohl stark untertrieben. Die Weltkonzerne benutzen zwar die Infrastruktur des Gastlandes, bezahlen aber dafür - fast - nichts. Eine weltweit gerechtes Steuersystem ist anzustreben. Der Widerstand der Grosskonzerne dagegen ist jetzt schon legendär!

Ein weiteres düsteres Kapitel in den Paradise Papers zeigt auf, wie bei Geschäften mit Ländern wie Angola, Kongo oder Nigeria Hunderte Millionen Dollar über nicht transparente Drittfirmen fliessen und die korrupte Elite begünstigt wird. Involviert sind darin auch Schweizer Treuhänder, Banken und Firmen. Die Folgen solcher Geschäfte: verstärkte Armut in Afrika, zunehmende Flüchtlingswelle gegen Norden undein gewaltiges Reputationsrisiko für unser Land.

Steuerhinterziehung in der Schweiz

Im Januar 2018 wird die Schweiz den automatischen Informationsaustausch starten und das Bankgeheimnis gegenüber vielen ausländischen Staaten aufheben. Einige in der Schweiz wohnhafte Reiche und Superreiche sind deshalb aufgeschreckt. Dutzende Milliarden sind schon und werden wohl noch in den Steueroasen in Singapore, Delaware, Mittelamerika (Panama!) etc. verschwinden. Gemäss Recherchen sind bis heute bei den CH-Steuerbehörden innert fünf Jahren weit über 35 Milliarden Fr. unversteuert gemeldet (Selbstanzeigen) worden. Die mässigen Bussen sind für die ehrlichen Steuerzahler (mit Lohnausweis) mehr als ein grosses Ärgernis. Nationalrätin M. Kiener-Nellen schätzt die jährliche Steuerhinterziehung schweizweit auf über 20 Milliarden pro Jahr (siehe <http://www.kienernellen.ch/>). Für den Kanton Bern ist dies über eine Milliarde Fr. Zum Vergleich: Das einschneidende Entlastungs- bzw. Sparpaket der Berner Regierung von 185 Millionen wäre bei ein bisschen mehr Steuergerechtigkeit überhaupt nicht notwendig. Die bürgerlichen Parteien weigern sich im Grossen Rat weiterhin Stellen für hochqualifizierte Steuerspezialisten zu bewilligen. Zudem ist der Einblick in die Steuerdaten von Einzelpersonen – auf Antrag der bürgerlichen Parteien – seit rund zwei Jahren - nicht mehr möglich. Warum wohl?

Jetzt unterschreiben:

Die 99%-Initiative verlangt, dass Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden etc.) 1.5x so stark wie Arbeitseinkommen besteuert werden. Es gilt ein Freibetrag von beispielsweise 100'000 Franken pro Jahr. Der dadurch erzielte Mehrertrag wird verwendet, um die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Arbeitseinkommen zu senken. Ebenfalls können die Mehreinnahmen für Leistungen der sozialen Wohlfahrt wie Familienleistungen, Bildung und Gesundheit verwendet werden.

Näheres dazu unter: <https://99prozent.ch/>



Einladung

zum **Chlousehock** vom

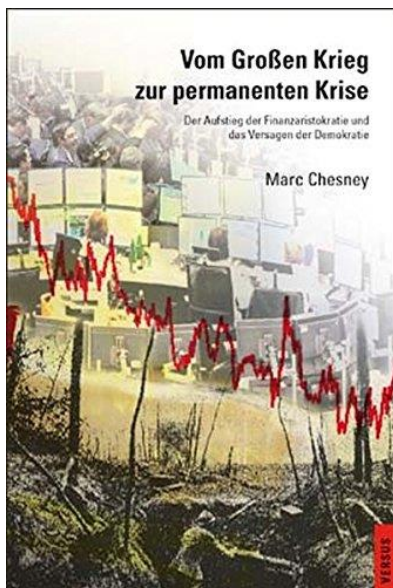
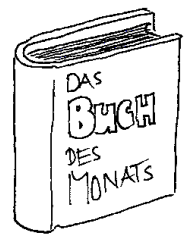
Freitag, 8. Dezember 2017, 19h00-22h00

**Restaurant «Stef's Kulturbistro», Bernstrasse 101,
3072 Ostermundigen**

Es gibt Spaghetti à discrétion mit drei Saucen, vorher einen grünen Salat und zum Dessert selbstgemachte Brownies mit Kaffee (Kostenpunkt: Fr. 32.-- pro Person).

Das Buch des Monats

Marc Chesney, Vom grossen Krieg zur permanenten Krise. Der Aufstieg der Finanzaristokratie und das Versagen der Demokratie, Zürich 2014, 92 Seiten



Die Finanzmärkte und die Megabanken haben eine beunruhigende Grösse, Intransparenz und Komplexität erreicht, die es ihnen erlauben, ihre Macht auszubauen. Es ist paradox, dass eine kleine Minderheit in der Lage ist, ihre Interessen der Gesellschaft aufzuzwingen. Nur eine Wirtschaftspolitik ist massgeblich: die der Finanzaristokratie. Heute leiden die aktuellen Generationen unter den Folgen der Finanzkrise, die seit 2007 andauert und die Zukunftsperspektiven überschattet. 1914 wurde die europäische Jugend in einen grausamen und langen Krieg hineingezerrt und geopfert. Damals wie

heute hat die Demokratie versagt. Damit die Demokratie sich wieder entfalten kann, plädiert Marc Chesney dafür, dass die Finanzsphäre primär der Wirtschaft und Gesellschaft dienen sollte. Er zeigt, wie sich dieses Prinzip mit einfach nachvollziehbaren Massnahmen verwirklichen lässt.

HIER



KÖNNTE EIN
BEITRAG VON
DIR STEHEN !